

Home > Internationales > Neue EU-Sanktionen gegen Russland: Landwirte schlagen Alarm – „tödlich für die Branche“

Neue EU-Sanktionen gegen Russland: Landwirte schlagen Alarm – „tödlich für die Branche“

Die EU verschärft ihre Sanktionen gegen Russland und belastet damit die eigene Landwirtschaft. Experten und Bauern warnen: Ohne russische Düngemittel steigen die Preise drastisch.



Raphael Schmeller

23.05.2025 | 19:40 Uhr



Von den neuen EU-Sanktionen sind besonders französische Bauern betroffen.

Jens Büttner/dpa

Das Europäische Parlament hat weitreichende Handelsbeschränkungen gegen Russland und Belarus beschlossen. Künftig sollen Agrarimporte wie Zucker, Mehl, Tierfutter und insbesondere Düngemittel mit Strafzöllen belegt werden. Damit wird eine bisherige Ausnahmeregelung geschlossen, die es beiden Ländern trotz Sanktionen erlaubt hat, zollfrei große Mengen an Düngemitteln nach Europa zu exportieren.

Die neuen Maßnahmen sind Teil der westlichen Strategie, um, wie es heißt, die wirtschaftliche Grundlage des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zu schwächen. In einem Verordnungsentwurf der EU-Kommission heißt es, dass die Agrarimporte eine bedeutende Einnahmequelle für Moskau darstellen. Ziel der Zölle sei es, diese Einnahmen zu reduzieren und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hersteller zu stärken.

Kritik aus der Landwirtschaft

Die Zölle sollen in mehreren Stufen steigen. Ab Juli 2025 werden zunächst 6,5 Prozent erhoben, zusätzlich kommen spezifische Abgaben zwischen 40 und 45 Euro pro Tonne hinzu. Bis 2028 sollen diese auf bis zu 430 Euro pro Tonne steigen.



+ EU-Sanktionen gegen eigene Bürger – und von der Leyen bleibt ungeschoren?

Politik 22.05.2025



+ Deutsche Landwirte besorgt wegen Russland-Zöllen: „Wie sollen wir billige Lebensmittel produzieren?“

Politik 04.02.2025



Aus der europäischen Landwirtschaft kommt nun scharfe Kritik an dem Beschluss. Branchenvertreter warnen vor deutlich steigenden Produktionskosten und einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Besonders betroffen ist Frankreich, wo bisher ein Drittel der eingesetzten Düngemittel aus Russland stammt und die Düngemittelimporte aus Russland in den letzten zwei Jahren um 80 Prozent gestiegen sind.

Philippe Heusele von der französischen Getreidebauernvereinigung sagte dazu gegenüber dem Radiosender Franceinter: „Das ist tödlich für die Branche. Die Preise für Dünger sind bereits hoch – diese Maßnahme wird sie weiter in die Höhe treiben.“ Auch Yohan Merieau vom Agrarhandelsunternehmen InVivo äußerte sich besorgt. Russische Düngemittel kosten derzeit rund 300 Euro pro Tonne, während europäische Alternativen bis zu 90 Euro teurer seien. „Das wird die Einkommen der Landwirte erheblich belasten“, sagte Merieau.

Versorgungsrisiken und fehlende Alternativen

Obwohl die EU-Kommission betont, dass die Versorgungssicherheit nicht gefährdet sei, sehen Fachleute dies kritisch. Thierry Pouch, Chefökonom der französischen Landwirtschaftskammern, bezweifelt, dass kurzfristig ausreichend Ersatz beschafft werden kann: „Die EU importiert jährlich über sechs Millionen Tonnen Stickstoffdünger aus Russland. Die Abhängigkeit ist erheblich.“

Zwar könnten potenzielle alternative Lieferländer wie Marokko, Trinidad und Tobago oder die USA einspringen, jedoch bestünden auf viele dieser Importe ebenfalls EU-Zölle. Zudem fehle es an passenden Lieferketten und Produktionskapazitäten. Eine schnelle Umstellung sei daher nicht realistisch.

Europäische Düngerproduzenten begrüßen die Strafzölle. Sie erhoffen sich dadurch eine Entlastung im Wettbewerb. Gleichzeitig geben sie jedoch zu, dass der Aufbau eigener Produktionskapazitäten in Europa Jahre dauern könnte. Die Abhängigkeit von importierten Rohstoffen wie Ammoniak und Gas bliebe bestehen.



Ohne Strafen? Brüssel findet Weg, Gasverträge mit Russland zu kündigen

Wirtschaft 21.05.2025



EU-Verteidigungskommissar will Wettrüsten gegen Russland gewinnen: „Wir müssen Putin stoppen“

Internationales 22.05.2025



Durch steigende Düngemittelkosten werden sich voraussichtlich vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Getreide, Obst, Gemüse und tierische Produkte verteuern, was letztlich auch die Verbraucher in der EU zu spüren bekommen werden.

Die Reaktion aus Moskau fiel entsprechend deutlich aus. Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Entscheidung als selbstschädigend: „Die EU schießt sich ins eigene Bein.“ Durch die Strafzölle würden Produkte in Europa teurer und auch qualitativ schlechter werden, während Russland seine Getreideexporte weiterhin ungehindert auf dem Weltmarkt platzieren könne.

„Sanktionspolitik des Westens ist gescheitert“

Die aktuellen Maßnahmen gegen russische Düngemittel stehen exemplarisch für die westliche Sanktionspolitik. Bereits im Sommer 2024 hatte der Ökonom Daniel Stelter in einem Gastkommentar im Handelsblatt bezweifelt, dass die Sanktionen die gewünschte Wirkung zeigen würden. Unter Verweis auf eine Studie im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums argumentierte er, dass die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen die Fähigkeit Russlands zur Kriegsführung kaum geschwächt hätten.

„Nüchtern betrachtet muss man die Sanktionspolitik des Westens als gescheitert bezeichnen“, schrieb Stelter. Langfristig werde Russland voraussichtlich wieder vollständig in den Welthandel integriert sein – unabhängig von der aktuellen Haltung des Westens. Zudem warf er den politischen Entscheidungsträgern ein mangelndes Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge vor: „Wer auch immer für die Ausgestaltung der westlichen Sanktionen

zuständig ist: Grundwissen über ökonomische Zusammenhänge scheint nicht vorhanden zu sein.“



Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.